

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	StvV/032/21-26
Sitzungsdatum	Donnerstag, den 11.12.2025
Sitzungsbeginn	18:15 Uhr
Sitzungsende	23:32 Uhr
Ort	Stadthalle Friedberg (Saal 1+2), Am Seebach 2, 61169 Friedberg (Hessen)

Teilnehmerliste

Vorsitzender

Herr Hendrik Hollender

CDU-Fraktion

Herr Patrick Stoll
Herr Gunther Best
Herr Torsten Bietz
Herr Stephan Ewald
Herr Philipp Götz
Herr Christoph Haub
Herr Joachim Kunze ab TOP 1 (ab 18:31 Uhr)
Herr Axel Pabst
Frau Martina Pfannmüller
Herr Lukas Veith
Herr Reiner Veith ab TOP 1 (ab 18:20 Uhr)
Herr Bernd Wagner
Frau Sybille Wodarz-Frank

Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Herr Markus Alexander Fenske
Frau Gudrun Friedrich
Frau Anette Kirsch-Altena
Frau Romy Klenner
Herr Rudolf Mewes ab TOP 2 (ab 18:56 Uhr)
Herr Pascal Miller
Frau Beate Neuwirth
Herr Dr. Martin Saltzwedel
Frau Michaela Schremmer
Herr Bernd Stiller
Herr Florian Uebelacker

SPD-Fraktion

Herr Dr. Klaus-Dieter Rack
Herr Andreas Scheunert
Herr Mark Bansemer
Frau Berivan Colak-Loens
Frau Simone Hahn-Wiltschek
Herr Ulrich Hausner
Herr Benjamin Ster
Herr Erich Wagner

FDP-Fraktion

Frau Sabine Fuchs
Herr Dr. Reinhold Merbs
Herr Helge Müller
Herr Dr. Markus A. Schmidt

FW/UWG-Fraktion

Herr Friedrich Wilhelm Durchdewald
Herr Matthias Ertl
Frau Ulrike Ertl
Herr Timo Haizmann
Herr Matthias Kölsch

Die Linke.

Frau Fatma Demirkol
Frau Anja El Fechtali
Frau Suna Sengül

ab TOP 1 (ab 18:27 Uhr)

Schriftführung

Frau Angela Kammer
Herr Claus-Peter Vogt

Mitglieder des Magistrates

Herr Bürgermeister Kjetil Dahlhaus
Frau Erste Stadträtin Christine Diegel
Herr Stadtrat Gerhard Bohl
Herr Stadtrat Johannes Contag
Frau Stadträtin Claudia Eisenhardt
Herr Stadtrat Alfons Janke
Herr Stadtrat Siegfried Köppl
Herr Stadtrat Karl Moch
Herr Stadtrat Norbert Simmer
Frau Stadträtin Evelyn Weiß

Verwaltung

Herr Tobias Brandt
Herr Heiko Bullmann
Herr Thorsten Haas
Herr Olaf Keßler
Frau Sabrina Kohl
Herr Manuel Raab-Faber
Herr Tobias Schmidt
Frau Annika Tilki

ab TOP 8 (ab 19:13 Uhr)

Abwesenheit:

Anlagen:

Anlage 1 (zu TOP 2.2/27)	Mitteilung der Dezernentin zum Haushaltsentwurf 2026 / aktuelle Entwicklungen
Anlage 2 (zu TOP 5)	Beantwortung der Anfrage 21-26/1621 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.10.2025; hier: Geplanter Rad- und Fußweg in der Großen Unterführung
Anlage 3 (zu TOP 5)	Beantwortung der Anfrage 21-26/1621 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.10.2025; hier: Geplanter Rad- und Fußweg in der Großen Unterführung, Punkt 3 Fördermittel
Anlage 4 (zu TOP 6)	Beantwortung der Anfrage 21-26/1676 der FDP-Fraktion vom 25.11.2025; hier: Mitteilung der ABO Energy GmbH & Co. KGaA zum eigenen Geschäftsergebnis 2025 sowie zur Neubewertung des eigenen Windkraft-Projektportfolios
Anlage 5 (zu TOP 7)	Beantwortung der Anfrage 21-26/1678 der CDU-Fraktion vom 26.11.2025; hier: Umsetzung der Straßenreinigungssatzung
Anlage 6 (zu TOP 8)	Stellungnahme des HSGB vom 09.12.2025 zum Bürgerbegehren Personenunterführung; hier: Prüfung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

TOP	DS-Nr.	Titel
1		Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit und Hinweis auf Prüfung der Befangenheit nach § 25 HGO
2		Berichte und Mitteilungen
2.1		Berichte und Mitteilungen des Dezernenten
2.2		Berichte und Mitteilungen der Dezernentin
2.3		Berichte und Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
3	21-26/1647	Sachstandsbericht Fördermittelmanagement Friedberg (Hessen)
4	21-26/1620	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.10.2025; hier: Städtische Investitionen
5	21-26/1621	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.10.2025; hier: Geplanter Rad- und Fußweg in der Großen Unterführung
6	21-26/1676	Anfrage der FDP-Fraktion vom 25.11.2025; hier: Mitteilung der ABO Energy GmbH & Co. KGaA zum eigenen Geschäftsergebnis 2025 sowie zur Neubewertung des eigenen Windkraft-Projektportfolios
7	21-26/1678	Anfrage der CDU-Fraktion vom 26.11.2025; hier: Umsetzung der Straßenreinigungssatzung
8	21-26/1555/3	Bürgerbegehren Personenunterführung; hier: Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens und Festlegung des Termins für einen Bürgerentscheid
8.1	21-26/1689	Antrag der SPD-Fraktion vom 03.12.2025; hier: Bürgerbegehren „Bahnhofsdurchstich/Tunneldurchstich“ nach/von Fauerbach
9	21-26/1685	Antrag der FDP-Fraktion vom 03.12.2025; hier: Transparenz/Außerparlamentarisches Engagement von Stadtverordneten
10	21-26/1686	Antrag der CDU-Fraktion vom 03.12.2025; hier: Gestaltungskonzept Seewiese
11	21-26/1687	Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP und CDU vom 03.12.2025; hier: Projekt „STOLPERSTEINE“ in Friedberg
		Teil A
12	21-26/1334	Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 04.12.2024; hier: Anpassung der Anzahl der Briefwahlbezirke an das gesteigerte Wahlbriefaufkommen
13	21-26/1628	Antrag der FDP-Fraktion vom 10.10.2025; hier: Vorstellung von Wahlvorschlägen für die Ortsgerichte
14	21-26/1637	Antrag der CDU-Fraktion vom 15.10.2025; hier: Partnerschaft für den Reservedienst im Heimatschutz
15	21-26/1601	Fortführung des Projekts „ZukunftsRaum Friedberg“ im Rahmen der Innenstadtentwicklung & Wirtschaftsförderung
16	21-26/1654	Mitglieder des Seniorenbeirates
17	21-26/1631/1	Überarbeitung der Satzung zur Regelung des Marktwesens in der Stadt Friedberg (Hessen)
18	21-26/1632/1	Änderung und Gebührenanpassung der Gebührenordnung für die Benutzung der Marktanlagen und Marktflächen der Stadt Friedberg (Hessen) (Marktgebührenordnung)
19	21-26/1580/1	Neufassung der „Gebührenordnung für Parkuhren und Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Friedberg (Hessen) – Parkgebührenordnung vom 10.12.2001
20	21-26/1629	Wirtschaftsplan 2026 der Entsorgungsbetriebe der Stadt Friedberg (Hessen)

		(Sitzungspause: 20:25 Uhr bis 21:00 Uhr)
		Teil B
21	21-26/1619	Neuaufstellung Regionalplan Südhessen / Regionaler Flächennutzungsplan - Vorentwurf 2025 hier: Öffentliche Auslegung und Beteiligung der Behörden
22	21-26/1688	Antrag der Fraktion FW-UWG vom 03.12.2025; hier: Umwidmung der im HuF eingestellten Planungskosten für den Tunneldurchstich
23	21-26/1332	Antrag Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 03.12.2024; hier: Schaffung einer Stelle für Klimaanpassungsmanagement
24	21-26/1503	Antrag der SPD-Fraktion vom 19.06.2025; hier: Budget für Ortsbeiräte auf Basis der HGO § 82 (4.2.)
25	21-26/1664	Richtlinie über die Verwendung von Budgetmittel für die Ortsbeiräte in der Stadt Friedberg (Hessen)
26	21-26/1658	Wirtschaftsplan 2026 der Stadtwerke Friedberg/Hessen
		(Sitzungspause: 22:10 Uhr bis 22:20 Uhr)
27	21-26/1586	Haushalt 2026 - Ergebnishaushalt 2026 - Finanzhaushalt 2026 - Stellenplan 2026 - Investitionsprogramm 2025 - 2029 - Ergebnis- und Finanzplanung 2025 - 2029 - Haushaltssatzung 2026
27.1		Haushalt 2026; hier: Ergebnishaushalt 2026
27.2		Haushalt 2026; hier: Finanzhaushalt 2026
27.3		Haushalt 2026; hier: Stellenplan 2026
27.4		Haushalt 2026; hier: Investitionsprogramm 2025 - 2029
27.5		Haushalt 2026; hier: Ergebnis- und Finanzplanung 2025 - 2029
27.6		Haushalt 2026; hier: Haushaltssatzung 2026
28	21-26/1655	Beschluss über die Festlegung des Prüfers für die Jahresabschlüsse 2025 – 2027 Stadtwerke Friedberg
29		Verschiedenes

TOP	DS-Nr.	Titel
-----	--------	-------

1.

Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit und Hinweis auf Prüfung der Befangenheit nach § 25 HGO

Stadtverordnetenvorsteher Hendrik Hollender begrüßt die Anwesenden, Stadtverordnete, Dezernenten, Magistrat, Verwaltungsmitarbeiter, Pressevertreter sowie zahlreiche Besucher. Er begrüßt namentlich Frau Romy Klemmer (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) als Nachrückerin für Herrn Thomas Zebunke sowie Herrn Andreas Scheunert (SPD-Fraktion) als Nachrücker für Frau Heike Strack.

Die Ladung zur Sitzung erfolgte fristgemäß, und die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung wird festgestellt. Auf die Beachtung von Paragraph 25 HGO bei Befangenheit und Widerstreit der Interessen wird hingewiesen.

Stadtverordnetenvorsteher Hollender kündigt Klärungsbedarf zu § 8 HGO an und beantragt eine Sitzungsunterbrechung für eine Fraktionssitzung der CDU-Fraktion und eine anschließende Sitzung des Ältestenrates.

(Sitzungspause: 18:16 Uhr bis 18:32 Uhr)

Sodann beruft Stadtverordnetenvorsteher Hollender den Ältestenrat zu einer Sitzung ein.

(Sitzungspause: 18:33 Uhr bis 18:44 Uhr)

Zur Tagesordnung liegt ein Änderungsantrag vor.

Änderungsvorschlag 1 (Stadtverordneter Fenske)

Die Drucksache Nr. 21-26/1619 wird zur Beratung in Teil B aufgenommen (neu: TOP 21)

alt 16/ neu 21	21-26/1619	Neuaufstellung Regionalplan Südhessen / Regionaler Flächennutzungsplan - Vorentwurf 2025 hier: Öffentliche Auslegung und Beteiligung der Behörden
-------------------	------------	--

Weitere Einwände und Anträge liegen nicht vor.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

- 1) Die DS-Nr.: 21-26/1619 Neuaufstellung Regionalplan Südhessen / Regionaler Flächennutzungsplan - Vorentwurf 2025; hier: Öffentliche Auslegung und Beteiligung der Behörden wird zur Beratung in Teil B aufgenommen und neu platziert, vor der DS-Nr.: 21-26/1688 Antrag Umwidmung Planungskosten Tunneldurchstich.
- 2) Die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wird entsprechend angepasst.

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag 1:

Einstimmig in Abänderung beschlossen

Ja 44 Nein 0 Enthaltung 0

Anschließend gratuliert Stadtverordnetenvorsteher Hollender allen Stadtverordneten, die seit der Sitzung am 23.10.2025 Geburtstag hatten und kündigt ein Präsent zum Sitzungsende an.

2. Berichte und Mitteilungen

2.1. Berichte und Mitteilungen des Dezernenten

Ray Barracks

Erste Gespräche mit potentiellen Entwicklern im Bereich Ray Barracks wurden erfolgreich geführt. Im neuen Jahr werden weitere Runden folgen.

Wetterau Museum

Die seit Oktober 1986 bestehende Dauerausstellung „Von der Sichel zum Mähdrescher“ wurde zum 20.11.2025 beendet. Sie wird ersetzt durch wechselnde Sonderausstellungen mit dem Ziel, mehr Besucher anzuziehen. Die attraktive Nordseite mit den großen verglasten Torbögen wird in das Nutzungskonzept eingebunden. Die neue Ausstellungsfläche steht nicht im Widerspruch zum Stadtverordnetenbeschluss, das Museum gemäß ISEK-Beschluss weiterzuentwickeln. Für die zukünftige Raumnutzung wird ein zukunftsfähiges Konzept erstellt.

Förderung Stadtentwicklung

Der hessische Wirtschaftsminister Kaweh Mansoori hat der Stadt Friedberg mitgeteilt, dass Friedberg beim Landesprogramm „Zukunft Innenstadt“ als Standort ausgewählt wurde. Die Teilnahme am Projekt wird mit einem Förderbetrag von 200.000 Euro unterstützt.

Förderung Klimaanpassungsmanagement

Die Stadt Friedberg hat einen Förderbescheid über die Landesförderung zur Unterstützung für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen erhalten.

Städtebauförderungsprogramm

Mit Stadtverordnetenbeschluss vom 03.07.2025 wurde die Verwaltung beauftragt, sich beim Städtebauförderungsprogramm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“ zu bewerben. Jedoch wurde durch den Hessischen Wirtschaftsminister Kaweh Mansoori die Aufnahme in das Förderprogramm „Lebendige Zentren“ angekündigt.

Fahrradstellplatzüberdachung

Die Fahrradstellplatzüberdachung vor der Stadthalle ist nun installiert worden.

2.2. Berichte und Mitteilungen der Dezernentin

Haushalt 2026

Erste Stadträtin Diegel informiert über die Mitteilung des Wetteraukreises zur aktualisierten Kreis- und Schulumlage für den Haushalt 2026 vom 04.12.2025 aufgrund des Kreistagbeschlusses am 03.12.2025 und die positive Auswirkung auf den städtischen Haushalt 2026 in Höhe von 1,7 Mio. Euro. (Anlage 1)

Aktuelle Entwicklung in den Kommunen

Erste Stadträtin Diegel informiert über einen Presseartikel des Hessischen Städtetages, in dem vor einem Finanzkollaps der Kommunen gewarnt wird. (Anlage 1)

Fördermittelmanagement

Eine Präsentation im Bereich Fördermittelmanagement (siehe 21-26/1647) wird Anfang 2026 in der ersten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses erfolgen. Durch die Akquirierung von Fördermitteln wird das Ist-Ergebnis für 2025 verbessert. Gleiches zeichnet sich bereits für 2026 ab, bedingt durch den späten Beschluss zum Bundeshaushalt, weswegen Förderprogramme erst verzögert bewilligt wurden.

2.3. Berichte und Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Termine

Stadtverordnetenvorsteher Hollender weist auf den aktualisierten Sitzungskalender 2026 hin und kündigt folgende Termine an:

26.02.2026	Stadtverordnetenversammlung (letzte Sitzung in der Wahlperiode 21-26)
16.04.2026	Konstituierende Sitzung der Stadtverordnetenversammlung (erste Sitzung in der Wahlperiode 26-31)

3. 21-26/1647 Sachstandsbericht Fördermittelmanagement Friedberg (Hessen)

Mitteilungstext:

Der beigefügte erste Sachstandsbericht (Präsentationsform) des Fördermittelmanagements Friedberg (Hessen) im Fachbereich Finanzen wird zur Kenntnis genommen. Dies ist der Auftakt eines regelmäßigen Berichtswesens. Der Sachstandsbericht wird im kommenden Jahr in Absprache mit dem Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses präsentiert.

Einwände bzw. Fragen liegen nicht vor.

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

4. 21-26/1620 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.10.2025; hier: Städtische Investitionen

Anfrage:

1. Welche wesentlichen baulichen Maßnahmen und andere wichtige Investitionen hat die Stadt Friedberg seit dem Jahr 2010 umgesetzt?

Welche davon wurden

- a) beauftragt
- b) begonnen
- c) abgeschlossen (ggf. bis auf unwesentliche Restarbeiten)?

2. Welche finanziellen Mittel wurden dafür in Ansprache genommen?

Wie wurden die Mittel aufgebracht, für welche Zeiträume wurden ggf. projektbezogene Kredite aufgenommen?

Für die ursprüngliche Anfrage, die in der Stadtverordnetenversammlung 031 vom 23.10.2025 zurückgestellt wurde, reichte Dr. Saltzwedel am 08.12.2025 ergänzende Fragen ein.

Erste Stadträtin Diegel teilt mit, dass sich die Verwaltung und der Antragsteller bezüglich der zu erstellenden Daten im Austausch befinden.

Die Anfrage wird zurückgestellt.

5.	21-26/1621	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.10.2025; hier: Geplanter Rad- und Fußweg in der Großen Unterführung
----	------------	--

Anfrage:

1. Welche Bestimmungen und Empfehlungen existieren für die Mindestbreite
 - a) eines beidseitig befahrbaren Radweges
 - b) eines kombinierten Fuß- und Radweges?
2. Wäre es aus fachlicher Sicht möglich, in der Fritz-Reuter-Straße („Große Unterführung“) auf der einen Seite einen diesen Vorgaben folgenden beidseitig befahrbaren Radweg baulich umzusetzen?
3. Wäre es möglich, dafür Fördermittel zu beantragen?
4. Welche Probleme entstünden dadurch, dass der Fußgängerverkehr/ der Radverkehr jeweils auf einer Seite der Unterführung verlaufen würde?

Bürgermeister Dahlhaus nimmt Stellung und teilt auf Nachfrage von Herrn Durchdewald mit, dass die Antwort von Hessen Mobil bereits vorgelegt wurde und auch digital mit Querverweis zum Antrag vorliege, so dass die Drucksache Nr. 21-26/1600 ad acta gelegt werden könne.

Die Anfrage wird beantwortet. (Anlagen 2 und 3)

6.	21-26/1676	Anfrage der FDP-Fraktion vom 25.11.2025; hier: Mitteilung der ABO Energy GmbH & Co. KGaA zum eigenen Geschäftsergebnis 2025 sowie zur Neubewertung des eigenen Windkraft-Projektportfolios
----	------------	---

Anfrage:

Mit ad-hoc-Mitteilung vom 21.11.2025 teilte die ABO Energy GmbH & Co. KGaA die Aktualisierung der eigenen Ergebnisprognose für das Geschäftsjahr 2025 mit; es wird nunmehr ein Jahresfehlbetrag von rund 95 Millionen Euro erwartet.

Zugleich erfolgte eine Neubewertung der in der Entwicklung befindlichen On-Shore-Windkraft-Projekte des Unternehmens, die sich europaweit gesunkener Zuschlagsquoten und -wahrscheinlichkeiten gegenübersehen. Dies führt nach Unternehmensangaben zu einer zeitlichen Verschiebung von Projekten durch die wachsende Überzeichnung in den Auktionen für die Einspeisevergütung.

Hierzu hat die Fraktion der FDP nachfolgende Fragen an den Magistrat mit der Bitte um Weiterleitung an die ABO Energy GmbH & Co. KGaA, soweit erforderlich:

- Welche Auswirkungen ergeben sich aus den neueren Entwicklungen für die Werthaltigkeit von Projektportfolios für den von Abo Energy zu realisierenden Anteil des Windparks Winterstein auf Basis des mit der Stadt Friedberg im Dez. 2024 geschlossenen Projektierungs- und Pachtvertrags? Sind Projektverzögerungen zu erwarten?
- Welche Auswirkungen hat die Neubewertung des Abo Energy Projektportfolios auf Basis der sich verstetigenden sinkenden Zuschlagsquoten auf das von Abo Energy für eine Bürgerbeteiligung am „Windpark Winterstein“ angebotene Nah&Grün-Invest-Modell sowie die Kooperation mit der Hessischen Zentralenergiegenossenschaft (HZEG)?

- Wie ist das Projektportfolio „Windpark Winterstein“ von Abo Energy rechtlich und wirtschaftlich von der Bilanz der ABO Energy GmbH & Co. KGaA getrennt?
- Welche geschäftliche Entwicklung mit Blick auf prognostizierte ROI-Renditen für On-Shore-Windparkbetreiber erwartet die Geschäftsführung von Abo Energy unter Berücksichtigung des derzeit rückläufigen Niveaus von Zuschlagshöhen für Windkraftprojekte an Land und welche Auswirkungen könnte dies auf das Windkraft-Projekt „Windpark Winterstein“ haben?
- Welche Auswirkungen auf die mittel- bis langfristige Liquidität (2. Grades) der ABO Energy GmbH & Co. KGaA hat die Neubewertung der Projektportfolios für On-Shore-Windkraftprojekte auf Grund o.g. Entwicklung? Welche Auswirkungen zeigen sich auf die Kapitalflussrechnung für das aktuelle Geschäftsjahr sowie das aktuell prognostizierte Nettoergebnis?

Die Beantwortung der Anfrage liegt als Stellungnahme der Verwaltung vor.

Fragen der FDP-Fraktion (Herr Helge Müller):

- Liegen der Stadt Indikationen vor und gibt es Aussagen von Abo Energy zu den Auswirkungen auf den Pachtzins?
- Wie ist Abo Energy gesellschaftsrechtlich aufgestellt, falls sie von einer Krise des Projekts betroffen sein wird?
- Gibt es Nachschussverpflichtungen Dritter?
- Ist dem Magistrat bekannt, mit welcher Liquidität/Assets die Institution ausgestattet sein wird?

Bürgermeister Dahlhaus nimmt Stellung und sagt diesbezüglich eine schriftliche Anfrage bei der Gesellschaft zu.

Die Anfrage wird beantwortet. (Anlage 4)

7.	21-26/1678	Anfrage der CDU-Fraktion vom 26.11.2025; hier: Umsetzung der Straßenreinigungssatzung
-----------	-------------------	--

Anfrage:

- 1) Wurden Überprüfungen zur Einhaltung der Straßenreinigungssatzung durchgeführt? In welcher Form und Häufigkeit?
- 2) Ist vorgesehen, die Anzahl der Überprüfungen in den Wintermonaten im Hinblick auf die Räumpflicht auszudehnen?
- 3) Wurden im Rahmen der Überprüfungen Ordnungswidrigkeiten gemäß §13 Abs. 1 der Straßenreinigungssatzungen festgestellt?
- 4) Falls ja, bitten wir um Nennung der Gesamtzahl der Ordnungswidrigkeiten und Auskunft, in wie vielen dieser Fälle eine Verwarnung ausgesprochen wurde oder ein Bußgeld gemäß §13 Abs. 2 der Straßenreinigungssatzung verhängt wurde. Sofern Bußgelder verhängt wurden, bitten wir um Mitteilung über den Gesamtumfang der Bußgelder.

Die Beantwortung der Anfrage liegt als Stellungnahme der Verwaltung vor.

Die Anfrage wird beantwortet. (Anlage 5)

8.	21-26/1555/3	Bürgerbegehren Personenunterführung; hier: Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens und Festlegung des Termins für einen Bürgerentscheid
-----------	---------------------	---

Bürgermeister Dahlhaus teilt mit, dass die von der Verwaltung zurückgezogene Beschlussvorlage 21-26/1555/2 durch die Vorlage 21-26/1555/3 ersetzt wird. Er stellt die Historie dar und teilt das negative Ergebnis der juristischen Prüfung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens durch den Hessischen Städte- und Gemeindebund (HSGB) mit. (Anlage 6) Auch die Kommunalaufsicht habe bestätigt, dass das Bürgerbegehren wegen des unzureichenden Kostendeckungsvorschlags unzulässig sei.

Bürgermeister Dahlhaus erläutert die gesetzlichen Vorgaben und die Möglichkeit eines Vertreterbegehrens. Im Falle einer Aufhebung des Stadtverordnetenbeschlusses und einer mehrheitlichen Entscheidung (2/3-Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten) für den Bürgerentscheid sei der Magistrat gemäß § 66 Abs. 1 Nr. 2 HGO verpflichtet, den Bürgerentscheid umzusetzen. Bürgermeister Dahlhaus betont, dass er einen Bürgerentscheid befürworten würde, um Bürgerinnen und Bürgern bei solch einer weitreichenden Entscheidung ein direktes Mitspracherecht einzuräumen. Die Gewissheit über die Meinung aller Bürger würde Klarheit und auch wieder Ruhe in die Debatte bringen können.

In der kontrovers und emotional geführten Debatte werden die Themen Bürgerinitiative, Bürgerwille (Befürwortung und Ablehnung), Finanzierung und Folgekosten, Stadtverordnetenbeschluss zur Tunnelaufgabe und der weitere Umgang mit dem rechtlich unzulässigen Bürgerbegehren intensiv beraten.

An der Beratung nehmen mit Wortmeldungen folgende Stadtverordnete teil:

Dr. Saltzwedel, Hahn-Wiltschek, Müller, Durchdewald, Mewes, Stoll, Fenske; Dr. Schmidt und Dr. Rack.

Im Abwägungsprozess zwischen Bürgerbegehren und Finanzierbarkeit des Tunnels signalisieren die Fraktionen FDP wegen der großen Anzahl teurer Projekte, die CDU wegen des Stadtverordnetenbeschlusses zur Tunnelaufgabe und die FW/UWG wegen unüberschaubarer Kosten und drohender Reduzierung auf die Pflichtaufgaben einer Kommune keine Unterstützung für ein Vertreterbegehren.

Ein Vertreterbegehren befürwortet die SPD-Fraktion, um die Bürgermeinung zu achten und weil Finanzierungsmöglichkeiten von der Kämmerei aufgezeigt werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen plädiert dafür, den Bürgern zuzutrauen, selbst zu entscheiden und damit ein politisches Signal zu setzen.

Antrag der CDU-Fraktion (Herr Stoll):

-Über die Punkte 1. bis 3. der Verwaltungsvorlage 21-26/1555/3 soll einzeln abgestimmt werden.

Beschluss:

Über die Punkte 1. bis 3. der Verwaltungsvorlage 21-26/1555/3 wird einzeln abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja 45 Nein 0 Enthaltungen 0

Sodann folgt die Einzelabstimmung zu den Punkten 1., 2. und 3.:

Beschluss zu Punkt 1.):

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt das negative Ergebnis der juristischen Stellungnahme zur Kenntnis und stellt von daher fest, dass die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens nicht gegeben und dieses somit abzulehnen ist.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Ja 23 Nein 22 Enthaltungen 0

Beschluss zu Punkt 2.):

2. Die Stadtverordnetenversammlung respektiert jedoch den klar erkennbaren Bürgerwillen von über 17% der Wahlberechtigten und fasst daher folgenden Beschluss:

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 11.09.2025, TOP 29.1, DS 21-26/1600 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Ja 22 Nein 23 Enthaltungen 0

Beschluss zu Punkt 3.):

3. Die Durchführung eines Bürgerentscheids (Vertreterbegehren) gemäß § 8b Abs. 1 S. 2 HGO wird beschlossen. Die Frage zum Bürgerbegehren wird durch die ergänzte Fragestellung des HSGB (Seite 6 der Anlage 2 - „Stellungnahme des HSGB vom 09.12.2025) wie folgt ersetzt:

„Sind Sie dafür, die Planung einer stadtteilverbindenden Fuß- und Radwegeunterführung am Bahnhof Friedberg durch Abschluss einer Planungsvereinbarung mit der Deutschen Bahn fortzuführen und zugleich den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 11.09.2025 zur Beendigung der Planung aufzuheben, damit auf dieser Grundlage entschieden werden kann, ob die Maßnahme realisiert werden soll?“

Der Bürgerentscheid soll zusammen mit der Kommunalwahl am 15.03.2026 durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Ja 22 Nein 23 Enthaltungen 0

Somit ist das Bürgerbegehren Personenunterführung; hier: Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens und Festlegung des Termins für einen Bürgerentscheid, abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

8.1.	21-26/1689	Antrag der SPD-Fraktion vom 03.12.2025; hier: Bürgerbegehren „Bahnhofsdurchstich/Tunneldurchstich“ nach/von Fauerbach
-------------	-------------------	--

Antragstext:

1. Die Stadtverordnetenversammlung erklärt gemäß § 8b (Abs. 4, Satz 2) der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) die Zulässigkeit des fristgerecht gemäß den Vorgaben von § 8b (Abs. 3) eingereichten und von der Verwaltung geprüften Bürgerbegehrens „Bahnhofsdurchstich / Tunneldurchstich“ nach/von Fauerbach.

2. Die Stadtverordnetenversammlung entspricht vollständig dem Anliegen des vorgelegten Bürgerbegehrens „Bahnhofsdurchstich / Tunneldurchstich“ und hebt den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 19.09.2025 auf, wonach die Planung des Bahnhofsdurchstichs (Tunnelvariante) nicht weiterverfolgt werden soll.
3. Der Magistrat wird beauftragt, die Planungen für den Bahnhofsdurchstich (Tunnelvariante) unverzüglich wieder aufzunehmen und alle hierfür erforderlichen Schritte einzuleiten.
4. Mit diesem Beschluss gilt das Bürgerbegehren als erfolgreich im Sinne des § 8b Abs. 4 HGO und ein Bürgerentscheid ist nicht durchzuführen.

Antragsteller Dr. Rack begründet den Antrag als sogenannten Platzhalter unter der Voraussetzung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens. Aufgrund des negativen Prüfergebnisses des HSGB wird der Antrag zurückgezogen.

Der Antrag ist zurückgezogen.

9.	21-26/1685	Antrag der FDP-Fraktion vom 03.12.2025; hier: Transparenz/Außerparlamentarisches Engagement von Stadtverordneten
----	------------	---

Mitglied Dr. Schmidt stellt den Antrag vor und begründet ihn.

An der ausführlichen und kontrovers geführten Beratung beteiligen sich folgende Stadtverordnete mit Wortmeldungen: Bansemer, Demirkol, Müller, Colak-Loens, Fenske, Dr. Schmidt und Stoll.

Von Seiten der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der CDU-Fraktion folgt Gegenrede. Mitglied Fenske stellt Überarbeitungsbedarf fest.

Dr. Schmidt zieht nach Gegenrede den zuvor beantragten Ausschussverweis wieder zurück.

Stadtverordnetenvorsteher Hollender zitiert § 2 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung (Anzeigepflicht):

§ 2 Anzeigepflicht (1) Stadtverordnete haben während der Dauer ihres Mandats jeweils bis zum 1. Juli eines jeden Jahres die Mitgliedschaft oder eine entgeltliche oder ehrenamtliche Tätigkeit in einer Körperschaft, Anstalt, Stiftung, Gesellschaft, Genossenschaft oder in einem Verband der oder dem Vorsitzenden schriftlich anzuzeigen (§ 26 a HGO). (2) Stadtverordnete haben die Übernahme städtischer Aufträge und entgeltlicher Tätigkeiten für die Stadt der oder dem Vorsitzenden anzuzeigen. § 77 Abs. 2 HGO bleibt unberührt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, § 2 der Geschäftsordnung und der Ausschüsse der Stadt Friedberg /Hessen wie folgt zu ergänzen:

(3) Stadtverordnete haben während der Dauer ihres Mandats jeweils bis zum 1. Juli eines jeden Jahres nachfolgende bestehende entgeltliche oder ehrenamtliche Tätigkeiten dem/der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung schriftlich anzuzeigen:

-Mitglied eines Vorstands oder eines sonstigen leitenden oder beratenden Gremiums eines Vereins, Verbandes, einer Institution oder einer ähnlichen Organisation (z.B. Bürgerinitiativen) mit Tätigkeit in der Stadt bzw. objektiv erkennbaren Bezug zur Stadt Friedberg

-beratende oder unterstützende Tätigkeiten für eine dieser definierten Organisationen außerhalb eines offiziellen Gremiums dieser Organisationen, sofern sie der Erreichung des Organisationszwecks dienen und der Organisationszweck einen unmittelbaren Bezug zu den Entscheidungen der politischen Gremien der Stadt Friedberg/Hessen aufweist.

Die Mitteilungen sind auf der persönlichen Übersichtsseite der Gremienmitgliedschaften der jeweiligen Stadtverordneten auf der Internetpräsenz der Stadt Friedberg/Hessen zu veröffentlichen. Beendete Mitgliedschaften und Engagements werden – entsprechend gekennzeichnet – bis zum Ende der Wahlperiode, in der sie beendet wurden, weiterhin dort ausgewiesen.

Die o.g. Angaben sind vor Kommunalwahlen bis spätestens 90 Tage vor der Wahl zu aktualisieren und dem/der Stadtverordnetenvorsteher/-in anzuzeigen und unmittelbar zu veröffentlichen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt aus Anlass der Kommunalwahl am 15.03.2026 nachfolgende besondere Regelung für 2026:

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung wird aufgefordert, die initialen Mitteilungen der Stadtverordneten zu o.g. Regelung des § 2 Abs. 3 (neu) der GO erstmals bis zum 15. Januar 2026 anzufordern und bis zum 31. Januar 2026 veröffentlichen zu lassen. Der in der obigen Regelung festgeschriebene Turnus ist dann ab dem Jahr 2026 einzuhalten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt
Ja 4 Nein 36 Enthaltung 5

Somit ist der Antrag abgelehnt.

10.	21-26/1686	Antrag der CDU-Fraktion vom 03.12.2025; hier: Gestaltungskonzept Seewiese
------------	-------------------	--

Antragstext:

Der Magistrat wird ersucht, in Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) ein Gesamtkonzept für die Fortentwicklung der Seewiese als zentrale Grünfläche und Naherholungsgebiet in der Friedberger Kernstadt zu erstellen. Das Konzept soll die Aufenthaltsqualität erhöhen und den verschiedenen Veranstaltungen auf der Seewiese Rechnung tragen. Dabei soll insbesondere die regelmäßige Flutung des nördlichen Teils der Seewiese während der Wintermonate geprüft werden.

Überprüft werden muss vorrangig auch die Funktion der Regenüberlaufbecken in Ockstadt und unter dem Dieffenbach-Parkplatz mit Überlauf in den Seebach, um eine regelmäßige Verschmutzung des Seebachs zu vermeiden.

Mitglied Philipp Götz begründet den Antrag.

An der Beratung beteiligen sich folgende Stadtverordnete mit Wortmeldungen: Götz, Schremmer.

Antrag auf Ausschussverweis (JSSSK/SE, Beteiligung Jugendrat, Integrationsbeauftragte)

Der Antrag soll im Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur und im Ausschuss für Stadtentwicklung unter Beteiligung des Jugendrats und der Integrationsbeauftragten beraten werden.

Beschluss

Die Vorlage 21-26/1686 Antrag der CDU-Fraktion vom 03.12.2025; hier: Gestaltungskonzept Seewiese wird in den Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur und den Ausschuss für Stadtentwicklung verwiesen, unter Beteiligung des Jugendrats und der Integrationsbeauftragten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja 45 Nein 0 Enthaltungen 0

Somit ist der Antrag verwiesen in die Ausschüsse JSSSK und Stadtentwicklung (unter Beteiligung von Jugendrat und der Integrationsbeauftragten).

verwiesen

11.	21-26/1687	Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP und CDU vom 03.12.2025; hier: Projekt „STOLPERSTEINE“ in Friedberg
------------	-------------------	--

Mitglied Fenske begründet den Antrag, erinnert an dessen Historie und teilt mit, dass auch die Fraktion UWG/FW bereits ihre Unterstützung signalisiert hat.

Mitglied Dr. Rack hält Gegenrede und schlägt vor, Alternativen für ein angemessenes und würdiges Gedenkens zu eruieren, z.B. in Form von Gedenksteinen auf Augenhöhe. Er nennt prominente Befürworter aus der Jüdischen Gemeinde sowie den Nachfahren des Dorheimer Holocaust-Überlebenden Herbert Meyer.

Antrag auf Ausschussverweis (Ausschuss JSSSK)

Der Antrag soll im Ausschuss JSSSK beraten werden.

Beschluss:

Der Antrag 21-261687 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP und CDU vom 03.12.2025; hier: Projekt „STOLPERSTEINE“ in Friedberg wird zur weiteren Beratung in den Ausschuss JSSSK verwiesen.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich abgelehnt

Ja 12 Nein 33 Enthaltungen 0

Nach Ablehnung des Ausschussverweises folgt die Abstimmung über den Antrag.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, bis zum 31. Januar 2026 ein Konzept zur Umsetzung des Projekts „STOLPERSTEINE“ inklusive einer Kostenschätzung in der Kernstadt Friedberg und den Ortsteilen vorzulegen.

Der Magistrat soll prüfen, ob die Stadt selbst Patenschaften für STOLPERSTEINE übernimmt. Das Konzept soll vom Kulturamt zusammen mit dem Stadtarchiv erarbeitet werden. Der Magistrat wird gebeten, die entsprechenden Genehmigungen zu beschließen.

Es ist beabsichtigt, das Konzept in der letzten Stadtverordnetenversammlung dieser Wahlperiode im Frühjahr 2026 zu beschließen.

Die ersten Stolperstellen sollen ab dem 09.November 2026 verlegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 41 Nein 0 Enthaltung 4

Teil A

12.	21-26/1334	Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 04.12.2024; hier: Anpassung der Anzahl der Briefwahlbezirke an das gesteigerte Wahlbriefaufkommen
------------	-------------------	---

Antragstext:

Bei Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen werden mindestens vier Briefwahlbezirke eingerichtet.

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vor, der die Stadtverordnetenversammlung folgt.

Beschluss:

Das Wahlamt richtet ab der nächsten anstehenden Wahl folgende 6 Briefwahl-Bezirke ein:

BW 1 und BW 2 Kernstadt inkl. Fauerbach
BW 3 Ockstadt
BW 4 Dorheim
BW 5 Bruchenbrücken
BW 6 Bauernheim und Ossenheim (aufgrund der Größe mit getrennter Niederschrift)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig in Abänderung beschlossen
Ja 45 Nein 0 Enthaltung 0

13.	21-26/1628	Antrag der FDP-Fraktion vom 10.10.2025; hier: Vorstellung von Wahlvorschlägen für die Ortsgerichte
------------	-------------------	---

Antragstext:

Künftig sollen sich die für die Wahl zu den Ortsgerichten vorgeschlagenen Personen im Rahmen der vorbereitenden Beratung im Haupt- und Finanzausschuss kurz persönlich vorstellen.

Die Vorstellung soll in einem zeitlich angemessenen Rahmen erfolgen (ca. 5 Minuten pro Person) und eine kurze Darstellung des beruflichen und ehrenamtlichen Hintergrunds sowie der Motivation für die Übernahme des Ehrenamtes umfassen.

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vor, der die Stadtverordnetenversammlung folgt.

Beschluss:

Künftig soll der Beschlussvorlage für die Wahl zu den Ortsgerichten eine kurze Beschreibung der vorgeschlagenen Person hinzugefügt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig in Abänderung beschlossen
Ja 45 Nein 0 Enthaltung 0

14.	21-26/1637	Antrag der CDU-Fraktion vom 15.10.2025; hier: Partnerschaft für den Reservedienst im Heimatschutz
------------	-------------------	--

Antragstext:

Die Stadt Friedberg tritt der „Partnerschaft für den Reservedienst“ beim Landeskommmando Hessen der Bundeswehr bei und stellt Beschäftigte der Stadt und ihrer Gesellschaften und Eigenbetriebe, die sich im Reservedienst bzw. in einem Heimatschutzregiment engagieren müssen, im Rahmen dieser Partnerschaft für diesen Dienst frei.

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vor, der die Stadtverordnetenversammlung folgt.

Beschluss:

Die Stadt Friedberg tritt der „Partnerschaft für den Reservedienst“ beim Landeskommmando Hessen der Bundeswehr bei.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich in Abänderung beschlossen
Ja 36 Nein 5 Enthaltung 4

15.	21-26/1601	Fortführung des Projekts „ZukunftsRaum Friedberg“ im Rahmen der Innenstadtentwicklung & Wirtschaftsförderung
------------	-------------------	---

Beschlussentwurf:

1. Der Fortführung des Projekts „ZukunftsRaum Friedberg“ in Zusammenarbeit mit der dark knights GmbH bis 31.12.2027 wird zugestimmt.
2. Der Verlängerung Kooperationsvertrag mit der dark knights GmbH wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vertragsverlängerung umzusetzen sowie entsprechende Mittel in den Haushaltsjahren 2026 bis 2027 bereitzustellen.
4. Die Verwaltung wird ferner beauftragt, im Rahmen verfügbarer Landes- oder Bundesprogramme Fördermittel zur (Teil-)Finanzierung des Projektes zu akquirieren.

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vor, der die Stadtverordnetenversammlung folgt.

Beschluss:

1. Der Fortführung des Projekts „ZukunftsRaum Friedberg“ in Zusammenarbeit mit der dark knights GmbH bis 31.12.2027 wird zugestimmt.
2. Der Verlängerung Kooperationsvertrag mit der dark knights GmbH wird zugestimmt.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vertragsverlängerung umzusetzen sowie entsprechende Mittel in den Haushaltsjahren 2026 bis 2027 bereitzustellen.
4. Die Verwaltung wird ferner beauftragt, im Rahmen verfügbarer Landes- oder Bundesprogramme Fördermittel zur (Teil-)Finanzierung des Projektes zu akquirieren.
5. **Der in den §§ 5 und 7 aktualisierte Kooperationsvertrag wird beschlossen.**

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit Ergänzung beschlossen
Ja 40 Nein 2 Enthaltung 3

16. 21-26/1654 Mitglieder des Seniorenbeirates

Beschluss:

Die nach § 3 der „Satzung des Senioren-/Seniorinnenbeirates der Stadt Friedberg (Hessen)“ benannten Mitglieder werden bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 45 Nein 0 Enthaltung 0

17. 21-26/1631/1 Überarbeitung der Satzung zur Regelung des Marktwesens in der Stadt Friedberg (Hessen)

Beschlussentwurf:

Der Neufassung der Satzung zur Regelung des Marktwesens in der Stadt Friedberg (Hessen) wird in der vorliegenden Form zugestimmt.

Es liegt eine Stellungnahme des Amtes für öffentliche Sicherheit und Ordnung vom 08.12.2025 mit einer Beschlussempfehlung vor, der die Stadtverordnetenversammlung folgt.

Beschluss:

Der Neufassung der Satzung zur Regelung des Marktwesens in der Stadt Friedberg (Hessen) wird mit folgender Änderung zugestimmt:

In § 9 Abs. 2 wird Satz 3 gestrichen. Absatz 2 wird wie folgt beschlossen:

Unbeschadet der für Lebensmittel geltenden Vorschriften dürfen verfälschte, verdorbene oder gesundheitsschädliche Lebensmittel weder feilgeboten noch auf dem Verkaufsplatz aufbewahrt werden. Waren mit ersichtlichen Anzeichen des Verderbs dürfen nicht auf den Wochenmarkt gebracht werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig in Abänderung beschlossen
Ja 45 Nein 0 Enthaltung 0

18.	21-26/1632/1	Änderung und Gebührenanpassung der Gebührenordnung für die Benutzung der Marktanlagen und Marktplächen der Stadt Friedberg (Hessen) (Marktgebührenordnung)
-----	--------------	---

Beschlussentwurf:

Der Neufassung und Gebührenanpassung der Gebührenordnung für die Benutzung der Marktanlagen und Marktplächen der Stadt Friedberg (Hessen) (Marktgebührenordnung) wird zugestimmt.

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Magistrats vor, der die Stadtverordnetenversammlung folgt.

Beschluss:

Der Neufassung und Gebührenanpassung der Gebührenordnung für die Benutzung der Marktanlagen und Marktplächen der Stadt Friedberg (Hessen) (Marktgebührenordnung) wird mit folgender Änderung zugestimmt:

Der Passus der Gebührenordnung § 3 Abs. 3 2a wird wie folgt geändert: a) Fahrgeschäfte Gesamtfläche von 400,00 € bis 2.500,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig in Abänderung beschlossen
Ja 45 Nein 0 Enthaltung 0

19.	21-26/1580/1	Neufassung der „Gebührenordnung für Parkuhren und Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Friedberg (Hessen) – Parkgebührenordnung vom 10.12.2001
-----	--------------	--

Beschlussentwurf:

1. Der Beschluss zur Neufassung der Gebührenordnung für Parkuhren und Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Friedberg (Hessen) der Stadtverordnetenversammlung vom 11.09.2025 wird aufgehoben.

2. Der Neufassung der Gebührenordnung für Parkuhren und Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Friedberg (Hessen) wird zugestimmt.

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vor, der die Stadtverordnetenversammlung folgt.

Beschluss:

1. Der Beschluss zur Neufassung der Gebührenordnung für Parkuhren und Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Friedberg (Hessen) der Stadtverordnetenversammlung vom 11.09.2025 wird aufgehoben.

2. Der Neufassung der Gebührenordnung für Parkuhren und Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Friedberg (Hessen) wird zugestimmt.

3. Ausfertigungsvermerk:

Es wird bestätigt, dass der Inhalt dieser Satzung mit dem hierzu ergangenen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung übereinstimmt und dass die für die Rechtswirksamkeit maßgebenden Verfahrensvorschriften eingehalten wurden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig mit Ergänzung beschlossen
Ja 45 Nein 0 Enthaltung 0

20.	21-26/1629	Wirtschaftsplan 2026 der Entsorgungsbetriebe der Stadt Friedberg (Hessen)
-----	------------	---

Beschlussentwurf:

Der Wirtschaftsplan 2026 wird wie vorgelegt beschlossen.

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Magistrats vor, der die Stadtverordnetenversammlung folgt.

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2026 wird **mit Abänderung des Stellenplans (Einplanung einer weiteren TVöD-Stelle 11 und einer weiteren TVöD-Stelle 8)** beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich in Abänderung beschlossen
Ja 45 Nein 0 Enthaltung 0

(Sitzungspause: 20:25 Uhr bis 21:00 Uhr)

Teil B

21.	21-26/1619	Neuaufstellung Regionalplan Südhessen / Regionaler Flächennutzungsplan - Vorentwurf 2025 hier: Öffentliche Auslegung und Beteiligung der Behörden
-----	------------	--

Beschlussentwurf:

Zu dem vom Regierungspräsidium Darmstadt und Regionalverband FrankfurtRheinMain vorgelegten Vorentwurf des Regionalen Flächennutzungsplanes werden die in Teil B der Vorlage textlich aufgeführten und in der Anlage 8 dargestellten Anregungen vorgetragen.

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung vor, inklusive Einzelabstimmung zu den Teilflächen.

An der kontroversen Beratung beteiligen sich folgende Stadtverordnete mit Wortmeldungen: Friedrich, Müller, Durchdewald, Pabst, Fenske und Dr. Saltzwedel.

Mitglied Friedrich nimmt Bezug auf die kontroverse Beratung im Ausschuss für Stadtentwicklung und meldet Bedenken hinsichtlich des Maßes an zukünftigem Flächenverbrauch und Versiegelung für geplante Wohn- und Gewerbegebiete an.

Zur genaueren Abbildung des Meinungsbildes wird ein Antrag auf flächenweise Abstimmung gestellt. Der Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung, Axel Pabst, hält Gegenrede und weist auf die sorgfältige und intensive Vorbereitung der Beschlussempfehlung im Fachausschuss hin.

Antrag von Bündnis 90/Die Grünen (Frau Friedrich):

Die Abstimmung der Stellungnahmen soll flächenweise durchgeführt werden, um das Meinungsbild genauer abzubilden.

Dem Antrag wird stattgegeben.

Beschluss:

Zu dem vom Regierungspräsidium Darmstadt und Regionalverband FrankfurtRheinMain vorgelegten Vorentwurf des Regionalen Flächennutzungsplanes werden die in Teil B der Vorlage textlich aufgeführten und in der Anlage 8 dargestellten Anregungen vorgetragen.

Bauernheim:

Fläche(n) Bau01ab

Abstimmungsergebnis:

(45 anwesende Stimmberechtigte)
einstimmig beschlossen
Ja 45 Nein 0 Enthaltung 0

Fläche Bau03

Abstimmungsergebnis:

(45 anwesende Stimmberechtigte)
mehrheitlich beschlossen
Ja 34 Nein 11 Enthaltung 0

Fläche Bau04

Abstimmungsergebnis:

(45 anwesende Stimmberechtigte)
mehrheitlich beschlossen
Ja 34 Nein 11 Enthaltung 0

Bruchenbrücken:

Fläche Bru01

Abstimmungsergebnis:

(45 anwesende Stimmberechtigte)
einstimmig beschlossen
Ja 45 Nein 0 Enthaltung 0

Fläche Bru02

Abstimmungsergebnis:

(45 anwesende Stimmberechtigte)
mehrheitlich beschlossen
Ja 34 Nein 11 Enthaltung 0

Dorheim:

Fläche Dor01

Abstimmungsergebnis:

(45 anwesende Stimmberechtigte)
mehrheitlich beschlossen
Ja 34 Nein 11 Enthaltung 0

Fläche Dor02Abstimmungsergebnis:

(45 anwesende Stimmberechtigte)
einstimmig beschlossen
Ja 45 Nein 0 Enthaltung 0

Fläche Dor03Abstimmungsergebnis:

(45 anwesende Stimmberechtigte)
einstimmig beschlossen
Ja 44 Nein 0 Enthaltung 1

Fläche Dor04Abstimmungsergebnis:

(45 anwesende Stimmberechtigte)
mehrheitlich beschlossen
Ja 34 Nein 11 Enthaltung 0

Kernstadt Nord:**Fläche Fb01**Abstimmungsergebnis:

(45 anwesende Stimmberechtigte)
mehrheitlich beschlossen
Ja 39 Nein 6 Enthaltung 0

Fläche Fb02Abstimmungsergebnis:

(45 anwesende Stimmberechtigte)
mehrheitlich beschlossen
Ja 26 Nein 19 Enthaltung 0

Fläche Fb03Abstimmungsergebnis:

(45 anwesende Stimmberechtigte)
mehrheitlich beschlossen
Ja 30 Nein 15 Enthaltung 0

Fläche(n) Fb04/05Abstimmungsergebnis:

(45 anwesende Stimmberechtigte)
einstimmig beschlossen
Ja 45 Nein 0 Enthaltung 0

Fläche Fb06Abstimmungsergebnis:

(45 anwesende Stimmberechtigte)
mehrheitlich beschlossen
Ja 34 Nein 11 Enthaltung 0

Fläche Fb07Abstimmungsergebnis:

(45 anwesende Stimmberechtigte)
mehrheitlich beschlossen
Ja 34 Nein 11 Enthaltung 0

Kernstadt Mitte:

Fläche Fb08

Abstimmungsergebnis:

(45 anwesende Stimmberechtigte)
mehrheitlich beschlossen
Ja 33 Nein 12 Enthaltung 0

Fläche Fb09

Abstimmungsergebnis:

(45 anwesende Stimmberechtigte)
einstimmig beschlossen
Ja 45 Nein 0 Enthaltung 1

Fläche Fb12

Abstimmungsergebnis:

(45 anwesende Stimmberechtigte)
mehrheitlich beschlossen
Ja 27 Nein 18 Enthaltung 0

Fläche Fb13

Abstimmungsergebnis:

(45 anwesende Stimmberechtigte)
einstimmig beschlossen
Ja 45 Nein 0 Enthaltung 0

Kernstadt Süd:

Fläche Fb10

Abstimmungsergebnis:

(44 Anwesende, ohne Mitglied Pfannmüller)
mehrheitlich beschlossen
Ja 43 Nein 1 Enthaltung 0

Fläche Fb11

Abstimmungsergebnis:

(44 Anwesende, ohne Mitglied Pfannmüller)
mehrheitlich beschlossen
Ja 32 Nein 12 Enthaltung 0

Ockstadt:

Fläche Ock01

Abstimmungsergebnis:

(44 Anwesende, ohne Mitglied Pfannmüller)
mehrheitlich beschlossen
Ja 43 Nein 1 Enthaltung 0

Fläche(n) Ock02-04

(44 Anwesende, ohne Mitglied Pfannmüller)

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
Ja 43 Nein 1 Enthaltung 0

Fläche(n) Ock05-06

(44 Anwesende, ohne Mitglied Pfannmüller)

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Ja 43 Nein 1 Enthaltung 0

Fläche Ock07

(44 Anwesende, ohne Mitglied Pfannmüller)

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Ja 28 Nein 16 Enthaltung 0

Fläche Ock08

(44 Anwesende, ohne Mitglied Pfannmüller)

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Ja 44 Nein 0 Enthaltung 0

Ossenheim:**Fläche Oss01**Abstimmungsergebnis:

(44 anwesende Stimmberechtigte, ohne Mitglied Pfannmüller)

mehrheitlich beschlossen

Ja 32 Nein 12 Enthaltung 0

Fläche Oss02Abstimmungsergebnis:

(44 anwesende Stimmberechtigte, ohne Mitglied Pfannmüller)

mehrheitlich beschlossen

Ja 30 Nein 14 Enthaltung 0

Fläche Oss03Abstimmungsergebnis:

(44 anwesende Stimmberechtigte, ohne Mitglied Pfannmüller)

einstimmig beschlossen

Ja 44 Nein 0 Enthaltung 0

Fläche Oss05Abstimmungsergebnis:

(45 anwesende Stimmberechtigte)

mehrheitlich beschlossen

Ja 39 Nein 6 Enthaltung 0

Flächenpriorisierung WohnenAbstimmungsergebnis:

(45 anwesende Stimmberechtigte)

einstimmig beschlossen

Ja 30 Nein 0 Enthaltung 15

Flächenpriorisierung GewerbeAbstimmungsergebnis:

(45 anwesende Stimmberechtigte)

mehrheitlich beschlossen

Ja 34 Nein 10 Enthaltung 1

Somit sind die Anregungen zu den Teilflächen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

22.	21-26/1688	Antrag der Fraktion FW-UWG vom 03.12.2025; hier: Umwidmung der im HuF eingestellten Planungskosten für den Tunneldurchstich
------------	-------------------	--

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge im Rahmen der Haushaltsberatungen beschließen, die für 2026 eingestellten 810.000 € sowie die für 2027 eingestellten 3.0000.000 € Planungskosten für Tunneldurchstich umzuwidmen in „Erhalt der Infrastruktur, insbesondere Straßen sowie Geh- und Radwege in Kernstadt und Ortsteilen“.

Mitglied Durchdewald begründet den Antrag.

An der ausführlichen und kontroversen Beratung zum Umgang mit den im Haushalt 2026 mit Sperrvermerk eingestellten Finanzmitteln für die laut Beschlusslage obsoletere Tunnelplanung und zu deren weiterer Verwendung nehmen folgende Stadtverordnete mit Wortmeldungen teil: Uebelacker, Fenske, Haizmann, Müller, Durchdewald, Dr. Rack, Haub, Mewes, Dr. Saltzwedel, Hausner sowie Erste Stadträtin Diegel, die zur Prioritätenliste des Bauamtes Stellung nimmt.

Mitglied Müller schlägt vor, den Antrag zurückzuziehen und über die Mittel im Rahmen der Beratung des Haushalts zu beraten. Mitglied Dr. Rack verweist auf das Investitionsprogramm. Antragsteller Durchdewald hält Gegenrede.

Änderungsantrag (Herr Fenske):

Es wird beantragt, die für die Planung des Tunneldurchstichs eingesetzten Mittel im Haushalt zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Ja 12 Nein 24 Enthaltungen 9

Sodann folgt die Abstimmung über den Antrag der UWG:

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung möge im Rahmen der Haushaltsberatungen beschließen, die für 2026 eingestellten 810.000 € sowie die für 2027 eingestellten 3.0000.000 € Planungskosten für Tunneldurchstich umzuwidmen in „Erhalt der Infrastruktur, insbesondere Straßen sowie Geh- und Radwege in Kernstadt und Ortsteilen“.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Ja 23 Nein 22 Enthaltung 0

23.	21-26/1332	Antrag Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 03.12.2024; hier: Schaffung einer Stelle für Klimaanpassungsmanagement
-----	------------	--

Beschluss:

Im Haushalt 2025 ist eine neue Stelle mit der Wertigkeit TVÖD 11 für Klimaanpassungsmanagement zu schaffen.

Die/der künftige Stelleninhaber/in soll in enger Zusammenarbeit mit der Klimaschutzmanagerin und allen städtischen Behörden Klimaanpassungsmaßnahmen gewährleisten, insbesondere auch die Erarbeitung des längst beschlossenen Hitzeschutzaktionsplans koordinieren und begleiten.

Es wird von der Stadtverordnetenversammlung dem Magistrat und der Verwaltungsspitze vorgeschlagen, dass der/die Stelleninhaber/in bei allen Projekten aktiv miteinzubinden ist, bei denen Anpassungen an die Klimaveränderungen notwendig sind (z.B. Mobilität, Energie, Stadtentwicklung).

Bei der Erstellung von Magistratsvorlagen, insbesondere im Bereich Verkehr, Bauen, Stadtplanung und Grünwesen, sollten neben der Klimaschutzmanagerin auch dem/der künftigen Klimaanpassungsmanager/in die Möglichkeit zur jeweiligen Stellungnahme eingeräumt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 36 Nein 6 Enthaltung 3

24.	21-26/1503	Antrag der SPD-Fraktion vom 19.06.2025; hier: Budget für Ortsbeiräte auf Basis der HGO § 82 (4.2.)
-----	------------	---

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept zur Errichtung eines Budgets für Ortsbeiräte auf der Grundlage der HGO § 82 (4, Satz 2) zu erarbeiten und dem Haupt- und Finanzausschuss vorzulegen. Ziel soll sein, allen Ortsbeiräten ab dem Haushaltsjahr 2026 ein Budget zur Verwendung nach einem Regelwerk zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 40 Nein 5 Enthaltung 0

25.	21-26/1664	Richtlinie über die Verwendung von Budgetmittel für die Ortsbeiräte in der Stadt Friedberg (Hessen)
-----	------------	---

Beschlussentwurf:

Die Richtlinie über die Verwendung von Budgetmittel für die Ortsbeiräte in der Stadt Friedberg (Hessen) wird beschlossen.

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vor, der die Stadtverordnetenversammlung folgt.

Beschluss:

Die Richtlinie über die Verwendung von Budgetmittel für die Ortsbeiräte in der Stadt Friedberg (Hessen) wird mit folgender Änderung beschlossen:

In der Richtlinie wird unter Punkt 3.1. der Satz „Der Maximalbetrag darf die Höhe des Sockelbetrags von 500 Euro nicht übersteigen.“ gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich in Abänderung beschlossen
Ja 40 Nein 5 Enthaltung 0

26. 21-26/1658 Wirtschaftsplan 2026 der Stadtwerke Friedberg/Hessen

Beschluss:

Dem Wirtschaftsplan 2026 wird zugestimmt und der vorgelegte Wirtschaftsplan einschließlich Stellenplan der Stadtwerke für das Wirtschaftsjahr 2026 wird genehmigt und wie folgt festgestellt:

I. Erfolgsplan

Aufwand und Ertrag	=	220 T€
--------------------	---	--------

Vermögensplan

Ausgabenbedarf (enthalten: Verminderung des Nettogeldvermögens 0 T€)	=	4.232 T€
---	---	----------

Deckungsmittel	=	4.232 T€
----------------	---	----------

II. Eine Darlehensbeschaffung ist in Höhe von 1.976 T€ veranschlagt.

III. Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der im Wirtschaftsjahr 2026 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden kann, wird auf 6.000 T€ festgesetzt.

IV. Verpflichtungsermächtigungen werden keine erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 45 Nein 0 Enthaltung 0

(Sitzungspause: 22:10 Uhr bis 22:20 Uhr)

		Haushalt 2026
		- Ergebnishaushalt 2026
		- Finanzhaushalt 2026
27.	21-26/1586	- Stellenplan 2026
		- Investitionsprogramm 2025 - 2029
		- Ergebnis- und Finanzplanung 2025 - 2029
		- Haushaltssatzung 2026

Beschlussentwurf:

Unter Einbeziehung der Änderungen aus den Haushaltsberatungen werden

- die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2026 und
- das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2025 – 2029 (§ 101 Abs. 3 HGO i.V.m. § 9 Abs. 2 GemHVO) in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Die Ergebnis- und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2025 – 2029 (§ 101 Abs. 4 HGO i.V.m. § 9 GemHVO) wird zur Kenntnis genommen

Es liegt folgende Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vor:

Beschlussempfehlung HuF:

Unter Einbeziehung der Änderungen aus den Haushaltsberatungen wird

- die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2026
- in der als Anlage beigefügten Fassung **beschlossen**.

Unter Einbeziehung der Änderungen aus den Haushaltsberatungen wird

- das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2025 – 2029 (§ 101 Abs. 3 HGO i.V.m. § 9 Abs. 2 GemHVO) in der als Anlage beigefügten Fassung **bei Stimmengleichheit gemäß § 54 HGO abgelehnt**.

Die Ergebnis- und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2025 – 2029 (§ 101 Abs. 4 HGO i.V.m. § 9 GemHVO) wird **zur Kenntnis genommen**.

Des Weiteren liegt zum Haushaltsplan 2026 eine Mitteilung der Dezernentin vor. (Anlage 1)

Zu Beginn der Haushaltsplanberatungen erfolgt die Generaldebatte in folgender Reihenfolge:

1. Fraktionsvorsitzende El Fechtali für die Fraktion Die Linke
2. stellv. Fraktionsvorsitzender Dr. Schmidt für die FDP-Fraktion
3. Fraktionsvorsitzender Durchdewald für die FW/ÜWG-Fraktion
4. Fraktionsvorsitzender Dr. Rack für die SPD-Fraktion
5. stellv. Fraktionsvorsitzender Dr. Saltzweil für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
6. Fraktionsvorsitzender Stoll für die CDU-Fraktion

Im Anschluss lässt Stadtverordnetenvorsteher Hollender in Einzelabstimmung wie folgt abstimmen (siehe auch TOP 27.1. bis 27.6.):

Beschluss:

Unter Einbeziehung der Änderungen aus den Haushaltsberatungen werden

- die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2026 und
- das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2025 – 2029 (§ 101 Abs. 3 HGO i.V.m. §

9 Abs. 2 GemHVO) in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Die Ergebnis- und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2025 – 2029 (§ 101 Abs. 4 HGO i.V.m. § 9 GemHVO) wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

27.1. Haushalt 2026; hier: Ergebnishaushalt 2026

Beschluss:

Der Ergebnishaushalt 2026 wird mit den vorliegenden Ergebnissen aus den Vorberatungen und seinen Anlagen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 38 Nein 4 Enthaltung 3

27.2. Haushalt 2026; hier: Finanzhaushalt 2026

Beschluss:

Der Finanzhaushalt 2026 wird mit den vorliegenden Ergebnissen aus den Vorberatungen und seinen Anlagen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 36 Nein 4 Enthaltung 5

27.3. Haushalt 2026; hier: Stellenplan 2026

Beschluss:

Der Stellenplan 2026 wird mit den vorliegenden Ergebnissen aus den Vorberatungen und seinen Anlagen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 35 Nein 5 Enthaltung 5

27.4. Haushalt 2026; hier: Investitionsprogramm 2025 - 2029

Beschluss:

Das Investitionsprogramm 2026 wird mit den vorliegenden Ergebnissen aus den Vorberatungen und seinen Anlagen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 36 Nein 5 Enthaltung 4

27.5. Haushalt 2026; hier: Ergebnis- und Finanzplanung 2025 - 2029

Die Ergebnis- und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2025 – 2029 (§ 101 Abs. 4 HGO i.V.m. § 9 GemHVO) wird **zur Kenntnis genommen**.

27.6. Haushalt 2026; hier: Haushaltssatzung 2026

Beschluss:

Die Haushaltssatzung 2026 wird mit den vorliegenden Ergebnissen aus den Vorberatungen und ihren Anlagen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 33 Nein 4 Enthaltung 8

28. 21-26/1655 Beschluss über die Festlegung des Prüfers für die Jahresabschlüsse 2025 – 2027 Stadtwerke Friedberg

Beschluss:

Die Drescher Dersch GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Erfurt, wird als Prüfer für den Jahresabschluss 2025 - 2027 zur Bestellung vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 45 Nein 0 Enthaltung 0

29. Verschiedenes

Zum Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ liegen keine Wortmeldungen vor.

Stadtverordnetenvorsteher Hollender dankt den Stadtverordneten und Mitarbeitern der Verwaltung, auch im Namen der Friedberger Bürgerschaft, für die gute Zusammenarbeit, sowie dem stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher Herrn Dr. Reinhold Merbs für die Sitzungsleitung im Vertretungsfall. Abschließend wünscht er allen Anwesenden eine schöne Adventszeit und überreicht den Stadtverordneten ein Lebkuchen-Präsent mit guten Wünschen für das Jahr 2026.

gez.: Hollender
(Vorsitzender)

gez.: Kammer
(Schriftführerin)